

# Leistungsfähige und zukunftsichere Akkreditierung in Deutschland und für Europa schaffen

## Die Arbeit der DAkkS ist essenziell für die wirtschaftliche Führungsrolle Deutschlands.

Die Akkreditierung ist ein zentrales Instrument zur Sicherstellung von Qualität, Transparenz und Vertrauen in politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Sie schafft die Grundlage für nachvollziehbare Standards, stärkt die Legitimität von Beteiligungsstrukturen und ermöglicht eine evidenzbasierte Politikgestaltung, die dem Anspruch einer offenen und verantwortungsvollen Regierungsführung gerecht wird.

In diesem Kontext nimmt die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) als nationale Akkreditierungsstelle eine besondere Verantwortung und zentrale Rolle bei Qualitätssicherung, Vergleichbarkeit und Verbraucherschutz und somit in der Qualitätsinfrastruktur Deutschlands ein. Sie bestätigt die Kompetenz von Prüf-, Kalibrier-, Inspektions- und Zertifizierungsstellen und trägt damit maßgeblich zur Funktionsfähigkeit der deutschen Qualitätsinfrastruktur bei. Die Akkreditierung durch die DAkkS ist nicht nur ein technisches Verfahren, sondern ein politisch relevantes Element zur Sicherung von Vertrauen in „Made in Germany“ mit essenzieller Tragweite sowohl im Binnenmarkt als auch im internationalen Handel.

### **Gesetzliche Rahmenbedingungen reformieren, um die Akkreditierung und die DAkkS zukunftsfähig, wirtschaftsorientiert und innovationsfreundlich auszurichten**

Die Arbeit der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Sicherheit von Produkten und Prozessen sowie für das Vertrauen in Konformitätsbewertungen von entscheidender Bedeutung.

Gleichzeitig mehren sich die Stimmen aus Wirtschaft und Wissenschaft, die eine Reform der DAkkS fordern. Dabei ist die Rede von einer Gefährdung der Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsstärke zahlreicher Branchen durch lange Bearbeitungszeiten, mangelnde Serviceorientierung und ein zu formalistisches Prüfverständnis.

Die Bundesregierung ist daher gefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu modernisieren, die DAkkS strukturell und nachhaltig zu stärken sowie ihre Rolle als wirtschaftsnaher und flexibler Dienstleister neu zu definieren.

#### **1. Finanzierung und Gebührenstruktur der DAkkS**

Die derzeitige Gebührenordnung führt zu einer überproportionalen Belastung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine transparente, planbare und leistungsbezogene Gebührenstruktur ist notwendig:

- Es braucht eine **grundlegende Reform der bestehenden Gebührenordnung** mit dem Ziel, mehr Effizienz, Transparenz und Fairness in der Beitragsgestaltung sicherzustellen. Weiter hängen die Arbeiten und die Dienstleistungen von der Gebührenordnung ab, um

deren Kosten zu decken. Die aktuelle Gebührenordnung birgt in Verbindung mit aktuellen Entwicklungen bzgl. Kosten ein Existenzrisiko für die DAkkS. Mit der Reform muss die Transparenz beispielsweise auch daraufhin erweitert werden, eine grobe und informative fallbezogene Kostenabschätzung für die antragstellende Organisation zu ermöglichen.

- Eine **institutionelle Grundfinanzierung** durch den Bund, die Länder und die Wirtschaft ist sinnvoll, um wirtschaftlich bedingte Fehlanreize zu vermeiden und die Unabhängigkeit der Akkreditierung sicherzustellen. So bleibt der DAkkS mehr Spielraum für notwendig Investitionen, um Zukunftsthemen effizient abzudecken und den Akkreditierungsprozess optimal zu gestalten.
- Die **Einführung eines punktesystembasierten Modells**, das Organisationen mit einer positiven Akkreditierungshistorie bei Bewertungen und im Re-Akkreditierungsprozess entlastet, könnte Anreize für Organisationen schaffen, ihren Verpflichtungen und Fristen besser nachkommen. Dieses Modell soll als Bestandteil des risikobasierten Ansatzes der DAkkS etabliert werden und zur Differenzierung sowie zur Effizienzsteigerung beitragen.

## 2. Schnelligkeit und Effizienz der Akkreditierungsverfahren

Lange Verfahrensdauern und die hohe Komplexität von Akkreditierungsverfahren stellen ein erhebliches Risiko für Innovationszyklen und den zeitgerechten Marktzugang dar. Eine pauschale Aussage, dass die DAkkS „zu langsam“ sei, greift jedoch zu kurz. Vielmehr braucht es eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen Verfahren:

- Es bedarf einer **Verkürzung der Bearbeitungszeiten** durch den verstärkten Einsatz digitaler Prozesse, die Einführung klar definierter Fristen sowie die Etablierung standardisierter Abläufe. Dies trägt zur Beschleunigung und Vereinheitlichung der Verfahren bei.
- **Beiderseitig-verbindliche Rückmeldefristen** bei Nachreichungen von Dokumenten und Informationen durch Unternehmen sowie Rückmeldungen der DAkkS sollten verankert werden. Bei Nichteinhaltung dieser Fristen könnte eine geringere Bewertung im Rahmen eines punktesystembasierten Modells erfolgen, was zu einer niedrigeren Priorisierung bei Re-Akkreditierungen führt. Gleichzeitig fordern wir eine transparente und verbindliche Informationsweitergabe durch die DAkkS, die Auditoren und die zuständigen Behörden über den aktuellen Stand des Akkreditierungsverfahrens.
- Durch **dynamische Bearbeitungsprozesse** sollen Akkreditierungsverfahren unmittelbar fortgesetzt werden, sobald vollständige Unterlagen ein- oder nachgereicht wurden. Dadurch können unnötige Wartezeiten vermieden und die Effizienz der Verfahren gesteigert werden.
- Es sollten **anwenderorientierte Lösungen** entwickelt werden, um eine passgenaue und praxisnahe Bearbeitung der Akkreditierungsanträge zu ermöglichen. Diese Lösungen können auf den bereits durch die DAkkS vorgenommenen Sektorenezuweisungen

basieren, müssen jedoch die betreffenden Produktgruppen und deren Einsatzzwecke in den Fokus nehmen. Eine Betrachtung rein über die Sektorenuordnung ist häufig zu starr für den hohen Grad an Komplexität vieler Produkte.

- Das Schaffen von **Transparenz bei Rückfragen und Verfahrenspausen**, indem klar kommuniziert wird, aus welchen Gründen Rückfragen gestellt, zusätzliche Dokumente angefordert oder Verfahren pausiert werden, ist notwendig. Dies schafft ein gesteigertes Vertrauen in das Akkreditierungssystem und ermöglicht eine gezielte Nachbearbeitung durch die Antragsteller.
- Eine **kontinuierliche und strukturierte Kommunikation vom zuständigen Verfahrensmanager** gegenüber dem antragstellenden Unternehmen ist sicherzustellen. Diese sollte ebenfalls auf den beidseitig-verbindlichen Rückmeldefristen basieren und zur Verfahrensbeschleunigung beitragen.

### 3. Europäische und internationale Harmonisierung

Trotz bestehender europäischer und internationaler Rahmenvorgaben zeigen sich in der praktischen Umsetzung der Akkreditierungsverfahren weiterhin Diskrepanzen. Diese betreffen insbesondere die Harmonisierung zwischen nationalen und internationalen Anforderungen, die uneinheitliche Handhabung von Multistandort-Akkreditierungen sowie die Anwendung weiterführender Regelungen, die über das international abgestimmte Maß hinausgehen. Auch die sektorübergreifende Konsistenz und die Transparenz in der Kommunikation mit Konformitätsbewertungsstellen lassen erhebliches Verbesserungspotenzial erkennen:

- Die **flexible Akkreditierung sollte weiter gestärkt werden**, da sie einen wesentlichen Beitrag zum Bürokratieabbau für Konformitätsbewertungsstellen, Unternehmen und der DAkkS leistet. Gleichzeitig fördert sie die interne Schärfung der fachlichen Kompetenz, insbesondere im Hinblick auf das Regelwissen über bestehende Möglichkeiten und die praktische Umsetzung von Harmonisierung. Dies gilt insbesondere für die Schnittstellen zwischen den durch die DAkkS eingeteilten Sektoren.
- Eine **einheitliche und praxisgerechte Umsetzung für die Multistandort-Akkreditierung** (Multi-Site Accreditation) ist erforderlich. Während Fachaudits weiterhin individuell in jedem Land durchgeführt werden können, sollte das Systemaudit länderübergreifend am Hauptstandort des antragstellenden Unternehmens bzw. Urkundeninhabers erfolgen, da es unternehmensweite Prozesse betrifft und somit eine harmonisierte Betrachtung über Ländergrenzen hinweg notwendig ist.
- Weiterführende Anforderungen, die in Deutschland über die europäischen und internationalen Vorgaben hinausgehen, müssen kritisch hinterfragt und möglichst abgeschafft werden, um eine unnötige **nationale und regionale Überregulierung zu vermeiden**.

- Eine gegenseitige **Angleichung und Harmonisierung der Regelwerke der European Co-operation for Accreditation (EA) und der DAkkS** ist erforderlich, um Widersprüche zu vermeiden und die internationale Anschlussfähigkeit der deutschen Akkreditierungspraxis zu gewährleisten.

#### 4. Governance und Beteiligung

Trotz der bestehenden Gremienstruktur innerhalb der DAkkS zeigen sich in der praktischen Beteiligung und Steuerung weiterhin Defizite. Diese betreffen insbesondere die gleichberechtigte Beachtung aller relevanten Interessengruppen – Bund, Länder und Wirtschaft – als auch die strategische Ausrichtung und Rückkopplung mit der Industrie. Die gezieltere Nutzung vorhandener Expertise in Fachbeiräten und Expertenräten könnte zu Synergieeffekten verhelfen:

- Die **paritätische Beteiligung von Bund, Ländern und Wirtschaft** in allen relevanten Gremien soll gestärkt werden, um eine ausgewogene Interessenvertretung sicherzustellen. Dies betrifft insbesondere Entscheidungs- und Beratungsgremien, deren Gewichtung und Verhältnis die Vielfalt der Stakeholder mitunter unangemessen widerspiegelt.
- Es braucht eine **Stärkung des Akkreditierungsbeirats** des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie als strategisches Steuerungsgremium in eindeutigen Rechten, Befugnissen und Grenzen. Seine Rolle muss über die reine Beratung hinausgehen und eine aktive Mitgestaltung der Ausrichtung und Prioritäten der DAkkS ermöglichen. Dies fördert Transparenz, Effizienz und die praxisnahe Umsetzung regulatorischer Anforderungen.
- Ein **Kundenbeirat** soll als Ergänzung zum Beirat der DAkkS eingerichtet werden, um eine kontinuierliche Rückkopplung mit der Industrie sicherzustellen. Im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) kann dieser Beirat systematisch Rückmeldungen zu Abläufen, Anforderungen und Umsetzungspraxis liefern und so zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung beitragen.
- Die **sektorbezogenen Fachbeiräte und der Expertenrat** sollen gezielter in den Kompetenz- und Wissensaufbau der DAkkS eingebunden werden. Ihre Expertise ist essenziell für die praxisnahe Ausgestaltung von Akkreditierungsverfahren und die Weiterentwicklung technischer Anforderungen. Eine strukturierte und systematische Einbindung fördert die Konsistenz und Innovationsfähigkeit der Akkreditierungspraxis.

#### 5. Proaktive Ausrichtung und Anpassung an Zukunftsthemen

Neue Technologien und rasante (Weiter-)Entwicklungen digitaler Technologien, z.B. im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI), erfordern ein grundlegendes Umdenken in der strategischen Ausrichtung der DAkkS. Themenfelder entstehen oft schneller, als bestehende Akkreditierungsstrukturen darauf reagieren können. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit

zu sichern und Innovationspotenziale zu nutzen, muss die Akkreditierungspraxis proaktiv und zukunftsorientiert gestaltet werden:

- Die DAkKS muss eine **Foresight-orientierte Akkreditierung** etablieren, um in der Lage zu sein, neue Technologien, Anforderungen und Verfahren frühzeitig und ggf. vorläufig zu bewerten und in ihre Akkreditierungsverfahren zu integrieren. Dies erfordert eine strategische Vorausschau, die technologische Trends erkennt und regulatorisch vorbereitet, bevor diese den Markt durchdringen.
- Der **Aufbau und die Stärkung der Fachkompetenz zu technischer Expertise** innerhalb der DAkKS sind essenziell, um neue Themenfelder kompetent begleiten zu können. Dies sollte in enger Kooperation mit Industrieexperten erfolgen, ohne dabei in Konkurrenz zur Wirtschaft um Fachkräfte zu treten. Angesichts des bestehenden Fachkräftemangels ist eine abgestimmte Personalstrategie notwendig, die Wissenstransfer ermöglicht und gleichzeitig die Wertschöpfung in den Unternehmen schützt.

## 6. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Drittstaaten

Die zunehmende Abwanderung von Konformitätsbewertungsstellen ins Ausland stellt ein ernstzunehmendes Warnsignal für den Industriestandort Deutschland dar. Besonders kritisch ist die wachsende Praxis der Unterauftragsvergabe an Dienstleister in Drittstaaten oder der Übernahme von Dienstleistern durch Organisationen in Drittstaaten, bei der sensible Unternehmensinformationen wie Konstruktionsunterlagen, Forschungsergebnisse oder interne Prozesse offengelegt werden können. Dies gefährdet nicht nur das geistige Eigentum deutscher Unternehmen, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Integrität der Konformitätsbewertung:

- Es bedarf einer **eindeutigen und rechtssicheren Regelung zur Unterauftragsvergabe an Dienstleister sowie die Übernahme von Dienstleistern durch Organisationen in Drittstaaten** außerhalb der EU. Diese muss im Rahmen des Akkreditierungsprozesses berücksichtigt werden, um den Schutz sensibler Unternehmensdaten zu gewährleisten und gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Ohne klare Leitplanken droht die unkontrollierte Offenlegung von sensiblen Informationen und Geschäftsgeheimnissen in Drittstaaten.
- Die **Förderung einer einheitlichen europäischen Akkreditierungspraxis** ist essenziell, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Nationale Sonderwege, insbesondere im Zusammenhang mit der Nicht-Listung der Fundstellen harmonisierter Europäischer Normen im Amtsblatt der Europäischen Union durch die Europäische Kommission, gefährden die Rechtssicherheit und behindern die internationale Anschlussfähigkeit. Eine koordinierte europäische Normungspolitik und europäische Akkreditierungspolitik sind daher unerlässlich.

## 7. Rolle des GPQI und internationale Normung

Das Global Project Quality Infrastructure (GPQI) ist ein zentrales Instrument zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Qualitätsinfrastruktur. Es unterstützt den Dialog zwischen staatlichen Institutionen, Wirtschaft und Normungsorganisationen und trägt wesentlich zur globalen Anschlussfähigkeit deutscher Industrieprodukte bei. Dennoch bestehen weiterhin strukturelle Herausforderungen in der Verzahnung mit nationalen Akkreditierungsprozessen sowie in der strategischen Positionierung Deutschlands innerhalb der europäischen Normungspolitik:

- Eine **engere Verzahnung zwischen der deutschen Akkreditierungspraxis und den Aktivitäten des GPQI** ist erforderlich, um die internationale Anerkennung von Konformitätsbewertungen zu fördern und den Zugang zu globalen Märkten zu erleichtern. Dies betrifft insbesondere die Abstimmung technischer Anforderungen und die gegenseitige Anerkennung von Prüf- und Zertifizierungsergebnissen.
- Die Bundesregierung muss sich **stärker und aktiver in der europäischen Normungspolitik für die rechtzeitige Listung von Fundstellen harmonisierter Europäischer Normen** im Amtsblatt der Europäischen Union einbringen. Dies ist entscheidend für die rechtliche Absicherung von Produkten im Binnenmarkt und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Gleichzeitig beruht die gesamte Akkreditierung in Europa auf durch CEN-CENELEC von ISO/IEC übernommene harmonisierten Europäischen Normen.

## Fazit

Die Akkreditierungspraxis in Deutschland steht vor einem Wendepunkt. Um internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern, müssen strukturelle, regulatorische und strategische Anpassungen erfolgen. Die Harmonisierung mit europäischen und internationalen Vorgaben ist ebenso essenziell wie der Schutz geistigen Eigentums. Neue Technologien wie KI erfordern vorausschauende Akkreditierungsansätze und gezielte Kompetenzentwicklung. Die DAkkS muss sich als lernende Organisation verstehen, die flexibel auf Marktveränderungen reagiert, mit der Zeit geht und aktuelle Möglichkeiten nutzt. Gleichzeitig braucht es klare Regeln für die Unterauftragsvergabe und Übernahmen sowie eine stärkere Beteiligung der Industrie und beratender Gremien. Die Governance-Strukturen müssen transparenter und ausgewogener gestaltet werden. Eine engere Verzahnung mit Initiativen wie dem GPQI kann globale Marktzugänge erleichtern. Der VDMA bietet mit diesem Positionspapier konkrete Vorschläge für eine zukunftsfähige Akkreditierungspolitik. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um gemeinsam die Weichen zu stellen.

**Kontakt:**

[REDACTED]

[REDACTED]

**Verantwortlich:**

[REDACTED]

**Redaktion:**

[REDACTED]

Lobbyregister: R000802  
EU-Transparenzregister ID: 9765362691-45

[vdma.eu](https://www.vdma.eu)



# Creating a High-Performing and Future-Proof Accreditation System in and for Europe

Registration number in the register  
of interest representatives: 9765362691-45

Dezember 2025

# The Work of National Accreditation Bodies is Essential to Europe's Economic Leadership

Accreditation is a key instrument for ensuring quality, transparency, and trust in political, scientific, and economic decision-making processes. It provides the foundation for traceable standards, reinforces the legitimacy of participatory structures, and enables evidence-based policymaking that meets the expectations of open and responsible governance.

In this context, the national accreditation bodies throughout Europe bear a special responsibility and play a central role for quality assurance, comparability and consumer protection, and consequently in Europe's and each country's quality infrastructure. It confirms the competence of testing, calibration, inspection, and certification bodies, thereby making a significant contribution to the functionality of Europe's quality infrastructure and beyond. Accreditation is not merely a technical procedure; it is a politically relevant mechanism for safeguarding trust in the "Made in Europe" label both within the internal market and in international trade.

## **Reforming the Legal Framework to Make European Accreditation Future-Oriented, Business-Focused, and Innovation-Friendly**

The work of each national accreditation body is of critical importance to industrial competitiveness, product and process safety, and confidence in conformity assessments.

At the same time, calls for reform are growing louder across industry and academia. Concerns have been raised about the potential threat to innovation and competitiveness in many sectors due to prolonged processing times, a lack of service orientation, and an overly formalistic approach to assessments.

Officials called upon to modernise the legal framework, to structurally and sustainably strengthen the European Co-operation for Accreditation (EA) and national accreditation bodies, and to redefine their role as service-oriented more flexible partners to the industry.

### **1. Funding and Fee Structure of national accreditation bodies**

The current fee schedule imposes a disproportionate burden, particularly on small and medium-sized enterprises. A transparent, predictable, and performance-based contribution model is essential.

- A **solid and future-ready fee structure** is required to ensure greater efficiency, transparency, and fairness for national accreditation bodies. The scope and quality of their services are directly tied to their ability to cover costs through fees. Considering recent developments in cost structures, current national models pose an existential risk for some national accreditation bodies. This revision shall, for example, increase the transparency to such an extent that an applicant organisation can conduct a preliminary and informative cost-estimate that is tailored to each specific case.

- An **institutional base funding model** across Europe and in each Member State, supported by the relevant government, public sector and industry, is advisable to prevent economically driven disincentives and to safeguard the independence of the accreditation system. This would provide national accreditation bodies with the flexibility to invest in future-oriented topics and optimise accreditation processes.
- The introduction of a **points-based model**, which would reward organisations with a positive accreditation history by easing requirements during evaluations and re-accreditation procedures, could serve as an incentive to organisations for timely compliance. This model should be embedded within existing approaches of the European Co-operation for Accreditation (EA) and of national accreditation bodies, contributing to differentiation and increased efficiency.

## 2. Speed and Efficiency of Accreditation Procedures

Prolonged processing times and the complexity of accreditation procedures pose significant risks to innovation cycles and timely market access. However, a blanket assertion that accreditation is “too slow” fails to capture the nuances of the issue. A differentiated analysis of individual procedures is required.

- There is a need to **reduce processing times** through increased use of digital workflows, the introduction of clearly defined deadlines, and the establishment of standardised procedures. These measures will both accelerate and harmonise the accreditation process.
- **Mutually binding response deadlines** for the submission of documents and information by companies, and likewise for national accreditation bodies, should be formally regulated. Failure to meet these deadlines may result in lower ratings within the points-based model, leading to reduced prioritisation in re-accreditation. At the same time, transparent and binding communication from national accreditation bodies, auditors, and competent authorities regarding the status of accreditation procedures is essential.
- **Dynamic processing workflows** should be implemented to ensure that procedures resume immediately upon receipt of complete documentation. This would eliminate unnecessary delays and enhance procedural efficiency.
- **User-oriented solutions** should be developed to facilitate a tailored and practically relevant processing of accreditation applications. These solutions can base on individual classifications by the national accreditation bodies yet shall focus on the relevant product groups and their intended use. Only considering the sectoral classifications is often too rigid for the high degree of complexity of various products.
- Transparency in queries and procedural pauses must be improved by clearly **communicating the reasons for additional document requests or interruptions**. This will foster trust in the accreditation system and enable targeted follow-up by applicants.

- A continuous and structured **communication process between the responsible case manager and the applicant** must be ensured. This should also be based on mutually binding deadlines and should contribute to procedural acceleration.

### 3. European and International Harmonisation

Despite existing European and international frameworks, discrepancies persist in the practical implementation of accreditation procedures. These concern, in particular, the harmonisation between national and international requirements, inconsistent handling of multi-site accreditations, and the application of additional regulations that exceed internationally agreed standards. Cross-sectoral consistency and transparent communication with conformity assessment bodies also provide significant potential for improvement.

- The principle of **flexible accreditation** must be further strengthened, as it significantly contributes to reducing bureaucratic burdens for conformity assessment bodies, companies and national accreditation bodies. It also enhances internal technical competence, especially regarding regulatory knowledge and the practical implementation of harmonisation. This is certainly relevant at the interfaces between sectors potentially considered and defined by national accreditation bodies.
- A uniform and practical approach to **multi-site accreditation** is essential. While technical audits may continue to be conducted individually in each country, system audits should be carried out across national borders at the headquarter of the applicant company or certificate holder respectively, as they concern company-wide processes and require a harmonised perspective.
- Additional **nationally imposed requirements that go beyond European and international standards shall be critically examined** and, preferably, abolished, to avoid unnecessary national and regional overregulation.
- A **mutual alignment and harmonisation of the regulatory frameworks** of the European Co-operation for Accreditation (EA) and the national accreditation bodies is necessary to prevent contradictions and to ensure the international compatibility of national accreditation practices.

### 4. Governance and Stakeholder Participation

Despite the existing committee structure within national accreditation bodies, practical shortcomings might persist in stakeholder engagement and governance. These could relate particularly to the equal consideration of all relevant interest groups comprising the relevant governments, public sectors and industries as well as the strategic alignment and feedback mechanisms with the industrial sectors. Leveraging the expertise of advisory boards and expert councils could generate valuable synergies.

- The **equal participation of the relevant government, public sector and industry** in all relevant committees must be reinforced to ensure balanced representation of

interests. This applies especially to decision-making and advisory bodies, whose composition may not adequately reflect the diversity of stakeholders.

- The **role of national accreditation advisory boards** should be strengthened as a strategic steering body with clearly defined rights, responsibilities, and boundaries. Its role must extend beyond mere consultation to include active involvement in shaping the direction and priorities of national accreditation bodies. This will promote transparency, efficiency, and practical implementation of regulatory requirements.
- **Sector-specific advisory boards and expert councils** should be more closely integrated into the development of national accreditation bodies' technical expertise. Their insights are essential for the practical design of accreditation procedures and the evolution of technical requirements. A structured and systematic involvement will enhance consistency and foster innovation within the accreditation system.

## 5. Proactive Orientation and Adaptation to Emerging Topics

New and rapidly evolving technologies, particularly in the field of Artificial Intelligence (AI), require a fundamental rethinking of national accreditation bodies' strategic orientation. Emerging areas often develop faster than existing accreditation structures can respond. To safeguard international competitiveness and harness innovation potential, accreditation practices must be proactive and future oriented.

- The European Co-operation for Accreditation (EA) and national accreditation bodies must establish a **foresight-oriented accreditation approach**, enabling it to assess and integrate new technologies, requirements and procedures at an early stage and, if needed, as an interim step into their accreditation procedures. This requires strategic foresight to identify technological trends and prepare regulatory frameworks before they reach market maturity.
- The **development and strengthening of technical expertise within national accreditation bodies** is essential to competently address new areas. This should be pursued in close cooperation with industry experts, without competing with the private sector for skilled personnel. Given the current shortage of qualified professionals, a coordinated human resources strategy is needed to facilitate knowledge transfer while preserving value creation within companies.

## 6. International Competitiveness and Third Countries

The increasing relocation of conformity assessment bodies abroad represents a serious warning signal for Europe's industrial base. Particularly concerning is the growing practice of subcontracting to service providers in third countries or the acquisition of service providers by organisations based in third countries, which may involve the disclosure of sensitive corporate information such as design documents, research findings, or internal processes. This not only jeopardises intellectual property but may also undermine the trust in the integrity of conformity assessments.

- A **clear and legally sound framework for subcontracting to service providers and for acquiring service providers by organisations based outside the European Union** is required. This must be integrated into the accreditation process to ensure the protection of sensitive corporate data while maintaining international competitiveness. Without clear safeguards, there is a risk of uncontrolled disclosure of sensitive data and trade secrets to third countries.
- The **promotion of a unified European accreditation practice** is essential to prevent market distortions. National deviations, particularly regarding the non-listing of references to harmonised European standards in the Official Journal of the European Union by the European Commission, threaten legal certainty and hinder international compatibility. A coordinated European standardisation policy and European accreditation policy are therefore indispensable.

## 7. Role of GPQI and International Standardisation

The Global Project Quality Infrastructure (GPQI) is a key instrument for promoting international cooperation in quality infrastructure. It facilitates dialogue between public institutions, industry, and standardisation bodies, and plays a vital role in ensuring the global compatibility of German industrial products. Nonetheless, structural challenges remain in aligning GPQI with national accreditation processes and in Germany's strategic positioning within European standardisation policy.

- A **closer integration between national accreditation practices and GPQI activities** is necessary to enhance international recognition of conformity assessments and facilitate access to global markets. This includes the alignment of technical requirements and mutual recognition of testing and certification results.
- National governments must play a **more active role in European standardisation policy**, particularly in ensuring the timely listing of references to harmonised European standards in the Official Journal of the European Union. This is crucial for the legal certainty of products in the internal market and for the international competitiveness of German companies. The entire European accreditation system is based on harmonised European standards adopted by CEN-CENELEC and originated from ISO/IEC.

## **Conclusion**

Accreditation practice in Europe stands at a crossroad. To secure international competitiveness and foster innovation, structural, regulatory, and strategic adjustments are imperative. Harmonisation with European and international standards is as vital as the protection of intellectual property. Emerging technologies such as AI demand forward-looking accreditation approaches and targeted competence development. The Accreditation Co-operation for Accreditation (EA) and national accreditation bodies must evolve into learning organisations capable of responding flexibly to market changes, staying up-to-date and use contemporary opportunities. At the same time, clear rules for subcontracting and acquisition as well as stronger industry and advisory boards involvement are needed. Governance structures must be made more transparent and balanced. Closer alignment with initiatives such as GPQI can facilitate access to global markets. With this position paper, VDMA presents concrete proposals for a future-oriented accreditation policy. Now is the time to set the course together.

**Contact:**

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

**Editing:**

[REDACTED]

Lobbying Register: R000802  
EU-Transparency Register ID: 9765362691-45

[vdma.eu](https://www.vdma.eu)